

Schneider-Zeitung

Organ des Verbandes christlicher Schneider, Schneiderinnen und verwandter Berufe

Die „Schneider-Zeitung“ erscheint alle 14 Tage Samstags und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. Für Nichtmitglieder kostet die „Schneider-Zeitung“ durch die Post bezogen 1 Mark pro Quartal ohne Postgeld.

Deutschlands
Herausgegeben vom
Zentralvorstand.

Redaktion u. Expedition: Köln a. Rh., Venloerwall 9.
Kernsprechanschluß-Nr. A 8338. — Redaktionschluß
Montags Mittags vor dem Erscheinungstag. — Inseraten-
annahme durch Otto Meine, Berlin SW. 47, Wälderstr. 67.

12. Jahrgang.

Köln, den 13. November 1915.

Nummer 23.

Kampf dem Wucher.

Wer im Anfang des Krieges vorausgesehen hätte, daß wir — obgleich Nahrungsmittel genug vorhanden — eine solche maßlose Teuerung erleben würden wie gegenwärtig, den würde man als verrückten Schwarzseher abgetan haben. Aber das für uns möglich und unglücklich Gehaltene ist eingetreten. Die Kreise für die notwendigsten Bedarfsartikel haben eine Höhe erreicht, daß weite Bevölkerungskreise zum Tode verurteilt sind.

Die Zustände hatten sich im vergangenen Monat derartig verschlimmert, daß es tatsächlich im Interesse des Durchhaltens bis zum siegreichen Ausgang des Krieges so nicht mehr weiter gehen konnte. Da endlich hat die Regierung — wie früher schon mehrmals — die bestimmte Absicht und den festen Willen kundgegeben, den Wucherern die Krallen zu beschneiden und Erleichterungen zu schaffen.

Es sind Ende Oktober dann eine Anzahl neuer Verordnungen erlassen worden, u. a. zur Kartoffel-, zur Fleisch- und Fettfrage, zur Regelung der Butterpreise usw., die der schlimmsten Ausbeutung vorbeugen sollen. Auf den Inhalt und die voraussichtlichen Wirkungen dieser neuen Maßnahmen kommen wir später noch zurück.

Jedem Freund des Volkes und Vaterlandes drängen sich vor allem zwei Fragen auf: „Wer ist auf diesen empörenden Zuständen schuld und mußte es überhaupt so weit kommen? Schuld sind in erster Linie die gewissenlosen Wucherer, die den Krieg als Konjunktur betrachten und die Notlage des Volkes zur persönlichen Bereicherung mißbrauchen. Sie sind schlimmer und gefährlicher wie die äußeren Feinde, weil sie wie ein Wurm im Holze die Widerstandsfräfte des Volkes lähmen und den Feinden in die Hände arbeiten. Sie verlängern den Krieg, weil sie bei unseren Feinden immer neue Hoffnungen auf den inneren Zusammenbruch unserer Nation erwecken; so machen sie sich schuldig, am Blut ungezählter Helden und am Hunger ihrer Familien, Witwen und Waisen in der Heimat. Es muß schlimm geworden sein, wenn ein Organ der westdeutschen Großindustrie, die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ (Essen) sich zu folgender Bemerkung veranlaßt fühlte:

„Ist es nicht eine himmelstreichende Schande, daß, während Millionen und aber Millionen feldgrauer deutscher Männer tagtäglich dem Tod ins Auge sehen und ihr kostbares und unerfetzliches Blut für die Daheimgebliebenen einsehen, manche der Daheimgebliebenen sich auf Kosten der Allgemeinheit bereichern? Das ist allerdings eine Schande. Wir finden keinen parlamentarischen Ausdruck für ein derartiges Treiben und meinen, daß all die endlosen Beschlüsse und die in Aussicht gestellten Maßnahmen einen Schlag ins Wasser bedeuten angesichts der brutalen Tatsache, daß, unbekümmert um all diese schönen Worte, der Wucher mehr denn je seine Organe feiert. Sind denn diese Verbrecher am deutschen Volk — einen anderen Ausdruck finden wir nicht — gar nicht zu fassen? Ist es denn nicht möglich, daß man endlich von den Worten zu Taten übergeht und diese Leute mit den entehrendsten Strafen belegt? Weg mit den Schädlingen in unserer Mitte, die sich von dem Mark unseres Volkes nähren! Mit den schönen Worten ist uns nicht mehr zu helfen. Wir wollen Taten sehen, weil wir gelernt haben, daß nur Taten wirklich zu etwas führen.“

Einer solchen, wirklich auftreffenden Kennzeichnung wird jeder Vaterlandsfreund aus vollen Herzen nur beipflichten können. Aber wer und wo sind die Wucherer? Nur selten ist es bisher unserer sonst so sündigen Justiz gelungen, sie persönlich zu fassen und für ihren Frevel am deutschen Volke zur Rechenschaft zu ziehen. Die Produzenten wollen unschuldig sein wie die Kinder und schieben die Schuld auf Andere, während die Handelskreise mit dem

Hinweis auf die Produzenten und die allgemeine Wirtschaftslage sich zu rechtfertigen suchen. Diese Schuld und Herrerei ist zwecklos, sie entspringt nur dem schlechten Gewissen, denn beide sind schuldig. In beiden Gruppen sind die Lebensmittelwucherer, diese Volks- und Vaterlandsverräter zu finden und zu suchen. Wir sind weit entfernt davon, jeden einzelnen Landwirt des Wuders verdächtigen zu wollen, aber allgemein genommen hat die Landwirtschaft eine schwere Schuld auf sich geladen, die sich in Zukunft bitter rächen muß. Darüber besien alle langatmigen Produktionskostenrechnungen u. Organisationsaufträge — die übrigens viel zu spät kommen und wirkungslos verpuffen — nicht hinweg. Man braucht nur das Verhalten der Bauern in der Kartoffelversorgung zu erwähen, um ihren Schuldanteil abzumessen. Wer und was hat die Kartoffelzüchter gehindert, den Verbrauchern dieses notwendigste Nahrungsmittel zu angemessenen Preisen zur Verfügung zu stellen? Aber trotz einer außergewöhnlich guten Ernte werden wahre Butterpreise gefordert, die Vorräte zurückgehalten, so daß mehrere Bundesratsverordnungen notwendig wurden, um durch gesetzliche Zwangsmaßnahmen dem Volk Kartoffeln zu verschaffen. Die agrarisch beeinflusste Tagespresse und die Wortführer der Landwirtschaft geben sich deshalb vergebliche Mühe, wenn sie die Bauern rein zu waschen versuchen. Die Tatsachen liegen so einfach und klar vor Jedermanns Augen, daß alle Beschönigungsversuche den berechtigten Groll des Volkes nur noch steigern müssen. Und daß gewisse Kreise des Handels auch das Ihre dazu beigetragen haben, dem Volk die Lebenshaltung zu verteuern, wird kein wahrheitsliebender Mensch zu bestreiten wagen.

Die andere Frage, ob es überhaupt soweit kommen mußte, ist entschieden zu verneinen. Wenn von den verantwortlichen Regierungsinstanten frühzeitig und fest genug eingegriffen worden wäre, hätte die Teuerung niemals diesen Grad erreichen können. Aber die Regierung hat sich zu jedem Eingriff in das freie Spiel der Kräfte mit Gewalt schieben und drängen lassen. Und dann kommen die Maßnahmen fast immer zu spät und waren in der Regel nur Halbheiten, die dem gerissenen Wucherer und Spekulanten immer noch Lüden und Spielraum boten, sich auf Kosten der Verbraucher zu bereichern. Nehmen wir die notwendigen Massenbedarfsartikel einmal heraus, um den Entwicklungsgang näher zu schildern.

Auf dem Gebiete der Brotversorgung beschränkte man sich trotz aller gegenteiligen Mahnungen und Anträge auf Getreidehöchstpreise. Dem Groß- und Kleinhandel in Mehl- und Backwaren blieb freier Spielraum. Die Folge davon waren teure Brotpreise, die zum Getreidepreis in keinem Verhältnis standen. Die Getreidemühlen und der Mehlhandel steckten ungeheure Gewinne ein, das Volk mußte sein tägliches Brot dementsprechend teurer bezahlen.

Noch schlimmer ging es in der Frage der Kartoffelversorgung im ersten Kriegsjahr. Als es ohne gesetzliche Höchstpreise nicht mehr ging, wurde ein Aufschlag von Monat zu Monat festgesetzt, der nur den Anreiz zur Zurückhaltung der Vorräte in sich barg. Und dann wurden, trotz heftigsten Protest der Verbrauchermassen, nach kurzer Zeit die Höchstpreise wesentlich erhöht, den geminnjüchtigen Elementen, die ihre Vorräte zurückgehalten hatten, damit noch eine besondere Prämie gezahlt.

Auf diese Erfahrungen sind auch die augenblicklichen Schwierigkeiten in der Kartoffelversorgung zurückzuführen. Die Produzenten wie unrecellen Händler rechnen damit, daß es diesmal gerade so gehen würde, wie im vorigen Winter.

Zu der Fleisch- und Fettfrage hat man von Regierungsseite im ersten Kriegsjahr gar nichts getan, sondern alles seinen Lauf nehmen lassen. Kürzlich ist nun eine Verordnung erschienen, die eine Einschränkung des Verbrauchs herbeiführen soll. Eine Regelung der Preise für Schweine und Schweinefleisch ist ebenfalls erfolgt. Es bleibt nun abzuwarten, was dabei herauskommen wird.

Ein besonderes Kapitel für sich bildet die Zu-

ferfrage. Wir haben Zucker im Überfluß; etwa die Hälfte unserer Erzeugung ist vor dem Kriege ins Ausland gegangen. Trotzdem sind die Zuckerpriese während des Krieges ganz erheblich gestiegen, und zwar — was am meisten bedenkend muß — infolge von Maßnahmen der Regierung. Die Zuckerrfabriken haben Mietsgewinne eingeheimt, viel mehr wie in irgend einem anderen Friedensjahr. In der Tagespresse ist auf Grund der vorliegenden Geschäftsberichte unwiderprochen behauptet worden, daß die deutschen Zuckerrfabriken im ersten Kriegsjahr 120 Millionen Mk. mehr verdient haben wie in normalen Zeiten. Wer hats aufbringen müssen? Die Verbraucher.

Diese Vorgänge liegen klar vor Jedermanns Augen und sind durch keinerlei Verdunkelungsversuche aus der Welt zu schaffen.

Immer und immer wieder ist von maßgebender Stelle, u. a. auch im Reichstag, betont worden, daß wir Nahrungsmittel genug im Lande haben, daß keiner zu hungern braucht, und daß dem Volke das Notwendige zu erschwinglichen Preisen zugänglich gemacht werden soll. Aber mit diesen beruhigenden Versicherungen steht die tatsächliche Entwicklung nicht im Einklang. Es erscheint fast unglücklich und ist unbegreiflich, daß wir mit einer Welt voll mächtigen äußeren Feinden fertig werden, auf den Schlachtfeldern von Sieg zu Sieg und von Erfolg zu Erfolg eilen, gegen die inneren Feinde, die Lebensmittelwucherer, aber anscheinend machtlos sind. Da klappt ein Widerspruch; dem Untertanenverstand ist das ein unlösbares Rätsel.

Die breiten Volksmassen, vor allem auch die Arbeiter, sind zu jedem Opfer bereit, das zur Verteidigung des Vaterlandes notwendig ist. Aber Opfer, die nicht der Allgemeinheit, sondern einer gewissenlosen Schar von geldgierigen Wucherern zugute kommen, dagegen bäumt sich das Volksempfinden auf, dagegen verlangt es den Schutz der staatlichen Gewalten. Neuerdings hat die Regierung den ernstlichen Willen kundgegeben, dem Wucher zu Leibe zu rücken und die Lebenshaltung zu erleichtern. Soffentlich werden die praktischen Erfolge dementsprechend wirken. Auf die neuen Verordnungen und den jetzigen Stand der Lebensmittelversorgung werden wir in einem weiteren Artikel des nähern zu sprechen kommen.

Kriegsfürsorge für Erwerbslose.

Wie so viele andere, so hat auch der Krieg das Problem der Fürsorge für Erwerbslose aufgerollt. Zunächst in größerem Umfang in der Textilindustrie, wo infolge der Kriegsmahnahmen der Regierung BetriebsEinstellungen u. Beschränkungen in großem Umfang eingetreten und noch weitere zu befürchten sind. Die Textilarbeiterschaft kommt dadurch ohne eigenes Verschulden in eine recht bedrängte Lage. Sie vor dem äußersten zu bewahren liegt im öffentlichen Interesse.

Es hat daher die Reichsregierung die entsprechenden Maßnahmen getroffen, um mit ihrer Hilfe unter Beteiligung der Textilindustriellen und der Kommunen, der bedrängten Textilarbeiterschaft zu Hilfe zu kommen. In verschiedenen Orten bezw. Landesteilen hat man die Fürsorge jedoch nicht auf die Textilarbeiterschaft beschränkt, sondern die Maßnahmen auf die in Folge des Krieges erwerbslos und unterführungsbedürftig gewordenen Personen ausgedehnt. So u. a. auch in Württemberg. Dort fand bei der Kgl. Württ. Zentralstelle für Handel und Gewerbe in Stuttgart am 16. September eine Sonderauschussung für soziale Fragen statt. Neben den Mitgliedern des sozialen Ausschusses wohnten Vertreter der Regierung, wie der Gemeinden, sowie Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter, auch Vertreterinnen des Nationalen Frauendienstes der Besprechung bei. Die christl. Arbeiterschaft war durch Abg. Arbeitersekretär Andre, und die Gewerkschaftssekretäre Kammerer und Frei-Stuttgart vertreten.

Von Seiten der Kgl. Zentralstelle wurde ein Entwurf von Grundrissen zur Durchführung einer Kriegsfürsorge für Erwerbslose durch Gemeinden oder Amtskörperschaften vorgelegt. Ueber diesen fand eine lebhaft ausgeführte

